

Sozialismus.de

Heft 9-2020 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



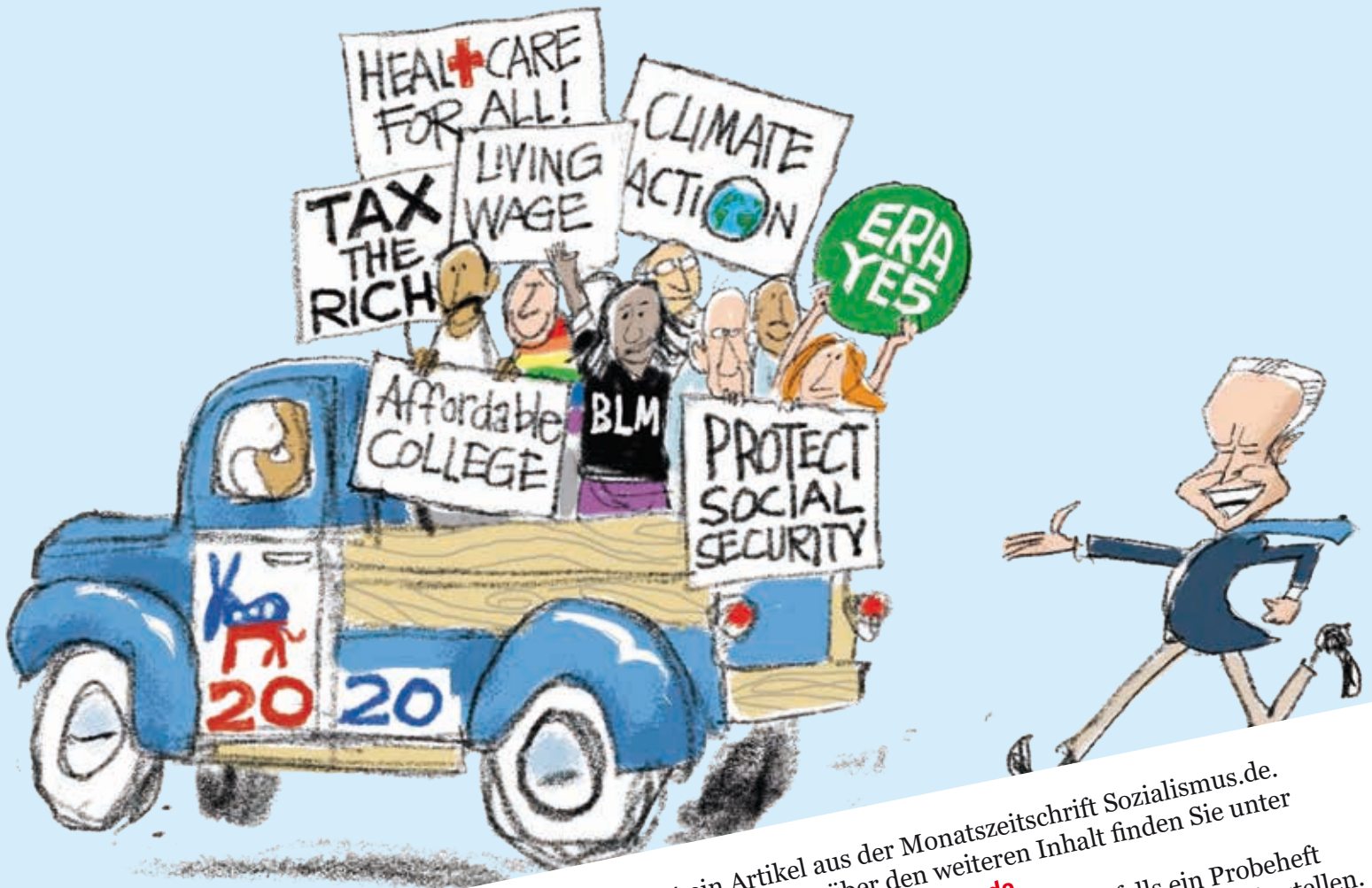
Hans-Jürgen Urban: Transformation in der Bewährung

Heinz-J. Bontrup: Kollektive Arbeitszeitverkürzung

**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

Stephanie Odenwald, Alban Werner, Wolfgang Müller, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Markus Mohr, Klaus Wernecke, Heiko Bolldorf



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Trump – der neue Friedensstifter im Nahen Osten?

Geheimverhandlungen zwischen Israel, USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten sollen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern führen. Im Gegenzug verpflichtet sich Israel, die Annexionen im Westjordanland und im Jordantal »auszusetzen«.

»New Deal« für ein »Greater Britain«?

Als Boris Johnson vor einem Jahr Premierminister wurde, wollte er zwei Ziele erreichen: Er werde die Brit*innen aus der EU führen und das Königreich zum »größartigsten Ort der Erde« machen.

Tiefe Rezession auch in der Eurozone

Schon vor Corona war die Wirtschaft im Euroraum angeschlagen, jetzt steckt sie in einer massiven Abwärts-spirale. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 2. Quartal 2020 laut Statistikbehörde Eurostat um 12,1% geschrumpft. Besonders betroffen: die südlichen Länder, vor allem Spanien.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Der Kandidat, die Kanzlerin & die Coronakrise

Redaktion Sozialismus: Linksbündnis unter Führung von Olaf Scholz?	2
Alban Werner: Wohin will die CDU nach Merkel?	6
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Die Corona-Pandemie – Treibsatz für soziale Spaltung	11

Wahlkampagnen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Joachim Bischoff: Wohin treibt Amerika? Zum Wahlkampf in den USA	18
Wolfgang Müller: Huawei, Tencent, TikTok Der US-Vernichtungsfeldzug gegen Chinas Tech-Konzerne	24

»Klassenpatt« in Ljubljana

Heiko Bolldorf: Autoritärer Populismus in Slowenien	29
--	----

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Transformation als Bewährungsprobe Warum eine sozial-ökologische Reformallianz eine unverzichtbare, aber schwierige Angelegenheit bleibt	34
Robert Hinke: Tarifkonflikt ohne Blaupause Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2020	42
Otto König/Richard Detje: Vier-Tage Woche. IG Metall setzt kollektive Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung	47
Heinz-J. Bontrup: Kollektive Arbeitszeitverkürzung ist lange überfällig	51
Fessum Ghirmazion: Rassismus gemeinsam bekämpfen	56

Streitthemen im Zeitenwechsel

Markus Mohr/Klaus Wernecke: Unerklärte Kriege gegen Israel? Über Jeffrey Herfs politische Kampfschrift	58
Werner Röhr: Erinnerungen und Tagesnotizen eines ostdeutschen Historikers (zu Siegfried Prokop, Betrogen von der »Wende«)	64
Stephanie Odenwald: Wir stehen nicht am Anfang, die Welt neu zu denken (zu Maja Göpel)	66

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum	67
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Der letzte Mieter (Filmkritik)	69

Linksbündnis unter Führung von Olaf Scholz?

Redaktion Sozialismus



13.8.2020: Olaf Scholz am Ufer des Plönixsees, Dortmund (dpa)

Wenige Tage, nachdem Finanzminister Olaf Scholz als Kanzlerkandidat der SPD nominiert wurde, zeigt sich in den neuesten Wahlumfragen (siehe Tabelle) ein leichter »Scholz-Effekt«: Die SPD liegt zumindest kurzzeitig zwischen 16 und 18% und kann zu den inzwischen etwas geschwächten Grünen aufrücken. Das Ziel der SPD-Führung, mit gut 20% eine rot-rot-grüne Koalition und damit eine linke Regierung anzuführen, scheint nicht ganz illusionär. Gleichwohl sind diese Tendenzen in den Umfragewerten nicht einfach fortzuschreiben und die politischen Hindernisse eines Linksbündnisses beträchtlich.

Es gibt im politischen Raum eine Tendenz, Olaf Scholz zu unterschätzen. Doch er ist in Umfragen seit Längerem der populärste Sozialdemokrat des Landes. Es gibt in der Partei niemanden, der ihm in Sachen Regierungserfahrung das Wasser reichen könnte. Scholz, früher auch als »Scholzomat« und »König Olaf« bespöttelt, könnte die von ihm ge-

forderte Führung liefern. 2009, in einer früheren Krise der hanseatischen SPD, tönte er: »Wer bei mir Führung bestellt, muss wissen, dass er sie dann auch bekommt.« Diese Ansage passt zu einer von schwerer Wirtschaftskrise und Pandemie geprägten Berliner Republik. Aber auch ohne Pandemie zeigte die regulierte kapitalistische Gesellschaftsform massive Strukturdefizite. Führung ist aktuell populär, garantiert aber keineswegs Systemreformen.

Wer auf Führung setzt, hofft auf eine politisch-programmatische Reformagenda. Scholz hat eine Vorstellung von den aktuellen Strukturdefiziten und Sackgassen, in die sich die europäische Sozialdemokratie teilweise verlaufen hat. Der hanseatische Sozialdemokrat hatte sich mit Zukunftsthesen in die Strategiediskussion der Partei eingemischt. Scholz ist gewiss nicht liberal, was viele Demonstrant*innen gegen die G20-Show vor drei Jahren in der Metro-pole Hamburg, damals war er noch Bür-

germeister der Stadt, in »guter« Erinnerung haben. Aber Olaf Scholz ist nicht dumm und »kann auch Programm«.

Die politische Konkurrenz tut sich sichtlich schwer mit dem neuen Kandidaten. Die Unionsparteien sind noch meilenweit entfernt von einer Entscheidung über ihren Spitzenkandidaten und einem politisch-programmatischen Profil für die Zeit nach Angela Merkel und Corona. Söders maulige Reaktion, Scholz' Kandidatur werde die Regierungsarbeit behindern, steht dafür exemplarisch.

Der unverzichtbare Hauptpartner in einem »progressiven Linksbündnis«, die Grünen, sind sichtlich überrumpelt und geben sich äußerst zugeknöpft. »Wir haben einen Führungsanspruch für dieses Land«, erklärt Robert Habeck. Für Wahlkampf sei es »viel zu früh«. Die Grünen wollten sich nicht treiben lassen. »Auf keinen Fall« werde man sich »unter Zugzwang setzen lassen«. Führen heiße, »aus eigener Über-

legung, aus eigener Kraft, aus eigener strategischer Analyse heraus die richtigen Entscheidungen zu treffen«. Bislang sei man gut damit gefahren, sich aus parteitaktischen Spielchen herauszuhalten. »Alles Weitere wird dann mitgeteilt werden, wenn es so weit ist, aber nicht ein Jahr vor der Wahl«, sagt Habeck. »Parteitaktische Spielchen« sind eine unzutreffende Metapher, denn auch für eine grüne Führung geht es um Erneuerung des Kapitalismus inklusive Strukturreformen in Richtung Klimawandel und Ökologisierung von Industrie und Verkehr.

In der Partei gibt es prominente Stimmen, die auf Rot-Rot-Grün oder – noch lieber – Grün-Rot-Rot hoffen, und die die SPD für unverzichtbar halten. Jürgen Trittin sagt über Olaf Scholz' Kandidatur: »Die SPD macht damit klar: Sie will auch nach 2021 weiter regieren. Der Kampf um Platz 2 und die Führung im progressiven Lager ist damit eröffnet.«

Neue Ära?

Olaf Scholz, amtierender Vizekanzler, kündigte nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten an: »Es beginnt eine neue Ära.« Die beiden SPD-Chefs, Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, begründen die Kür mit nicht weniger Pathos: »Deutschland braucht einen Kanzler, der entschlossen ist und erfahren.«¹ Der 62-jährige Finanzminister sei der richtige Kanzlerkandidat für Deutschlands älteste Partei. Beide Vorsitzende lobten Scholz als Krisenmana-

ger während der Corona-Pandemie. Er genieße sowohl in der Bevölkerung als auch in der Partei hohes Ansehen. »Er ist unser Kanzler«, so Walter-Borjans.

Scholz schrieb auf Twitter, dass er sich auf »einen tollen, fairen und erfolgreichen Wahlkampf in einem starken Team« freue, und verkündete in der Pressekonferenz zu seiner Kandidatur, dass er eine neue Regierung anführen wolle. Der Wahlkampf beginne noch nicht heute, fügte Scholz hinzu und skizzierte drei zentrale Punkte für sein Programm als Kanzlerkandidat: Respekt und Anerkennung für jede*n Arbeitnehmer*in, ein Zukunftsprogramm, das auch dem Klimawandel Einhalt gebieten soll, und schließlich ein starkes Europa. Damit hat die Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl im Herbst 2021 einen programmatischen Rahmen. Die Basis der SPD soll zu Scholz und den Inhalten nicht mehr gefragt werden. Der nächste Parteitag, bei dem es um das Regierungsprogramm gehen soll, wird erst im März 2021 stattfinden.

Überraschend kam die Kandidatenskür der SPD nicht. Olaf Scholz ist in Umfragen der beliebteste Sozialdemokrat des Landes. Die Entscheidung für ihn sei in den vergangenen Wochen gründlich vorbereitet worden, betonten Esken und Walter-Borjans. Gemeinsam sei man zu der Überzeugung gekommen, »dass wir in einem einigen Führungsteam und mit einem Kanzlerkandidaten, dem die Menschen vertrauen, die SPD zu neuer Stärke führen können«. Als führende politische Kraft

strebe die Partei nun ein »progressives Bündnis« an.

Walter-Borjans hatte zuvor in einem Interview mit den Zeitungen der Funke-Mediengruppe erklärt, was er unter »progressiv« versteht. Seine Partei wolle führende Kraft in einem Regierungsbündnis werden, und die Koalition mit der Union biete dafür keine Grundlage. Blicke folglich nur ein Bündnis mit den Grünen – und der Linkspartei. »Wenn wir eine Bündnis-Option mit der Linken ausschließen, hätten die Verteidiger des ›Weiter so‹ und damit der weitergehenden Spaltung der Gesellschaft schon gewonnen«, argumentierte er. Auch Scholz sähe das so.

Durchaus überraschend an der Kür von Scholz sind allerdings der Zeitpunkt und der Rückfall in die Hinterzimmerkultur: Transparenz war gestern, stattdessen fand die Absprache im kleinen Kreis statt und führte zu einem Kandidat, dem autoritäre Führung nicht fremd ist. Der Noch-Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert ist ein aktiver Träger dieser Kultur, er unterstreicht, dass mit Blick auf die Bundestagswahl nun alle »im gleichen Team spielen«, und meldet zugleich seine Kandidatur für die Bundestagswahl an. Ganz entgegen den Beschwörungen von Basisbeteiligung ist jetzt der eingestrippte Teamgeist modern.

Scholz hat durchaus politisch-programmatische Vorstellungen, wie dieses Land »ordentlich regiert« werden kann.

¹ www.spd.de/aktuelles/detail/news/olaf-scholz-ist-unser-kanzlerkandidat/10/08/2020/

Tabelle 1: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Kantar (Emnid)	Forsa	Forschungsgruppe Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Yougov	Bundestagswahl
Veröffentl.	22.7.2020	16.8.2020	15.8.2020	31.7.2020	27.7.2020	6.8.2020	18.8.2020	6.8.2020	24.9.2017
CDU/CSU	38%	36%	36%	38%	38%	38%	36%	36%	32,9%
SPD	15,5%	18%	16%	14%	14%	15%	18%	14%	20,5%
GRÜNE	20%	16%	20%	21%	19%	18%	16%	18%	8,9%
FDP	5,5%	6%	6%	5%	6%	6%	6%	6%	10,7%
DIE LINKE	7,5%	8%	6%	8%	6%	7%	8%	9%	9,2%
AfD	9%	11%	9%	9%	10%	11%	11%	11%	12,6%
Sonstige	4,5%	5%	7%	5%	7%	5%	5%	6%	5,0%
Erhebung	F • 1.237 3.7.–16.7.	T • 1.912 6.08.–12.8.	T • 2.501 10.8.–14.8.	T • 1.249 28.7.–30.7.	T • 1.003 22.7.–27.7.	T • 1.511 3.8.–5.8.	O • 2.101 14.8.–17.8.	O • 1.623 30.7.–4.8.	

Quelle: www.wahlrecht.de/umfragen/ (Abruf 20.8.2020); T = Telefon – telefonische Befragung von zufällig ausgewählten Personen; O = Online-Panel – internetbasierte Befragung von nach Quotenvorgaben ausgewählten Mitgliedern eines Befragten-Pools; F = Face to face – persönlich-mündliche Befragung von nach Quotenvorgaben ausgewählten Personen

So hatte er seinen Wechsel vom Regionalfürstentum Hamburg in die Hauptstadt entgegen den Kritiker*innen ordentlich vorbereitet: In seinem Buch »Hoffungsland: Eine neue deutsche Wirklichkeit«² konnte jede/r nachlesen, was der Autor als Bundespolitiker liefern wollte. »Unsere offene, liberale und säkulare Gesellschaft verheißt ein attraktives Leben in Freiheit und Sicherheit. Zuwanderung ist damit eine neue deutsche Wirklichkeit, die es zu gestalten gilt. Jetzt ist eine pragmatische Politik gefragt, die die Risiken zwar sorgsam abwägt, aber zugleich die Chancen erkennt, die in der Zuwanderung liegen.«

Auch um die Debatte um den chronischen Niedergang der europäischen und deutschen Sozialdemokratie macht der führende Politiker keinen Bogen: »Keine Ausflüchte! Neue Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze!«³ Die Probleme der SPD seien grundsätzlicher. Von der Behauptung, die SPD habe sich in den letzten Jahren nicht klar genug für mehr soziale Gerechtigkeit eingesetzt, hält er wenig. Es geht um die Verbindung von sozialem Kapitalismus und Ökologie: Scholz plädiert für einen pragmatischen Kurs, bei dem Wirtschaftswachstum, ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit verbunden werden können. Dass die SPD nach dem sehr schlechten Ergebnis der letzten Bundestagswahl 2017 (20,5%) über ihre strategische Aufstellung diskutieren und eine Neuausrichtung durchsetzen muss, war für ihn klar: »Die Lage ist ernst, keine Frage. Es gibt eine strukturelle Krise, die nicht nur die deutsche Sozialdemokratie trifft. In vielen westlichen Ländern wie den Niederlanden oder Frankreich haben die traditionellen Mitte-links-Parteien zuletzt desaströse Ergebnisse eingefahren. Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob es ein Problem gibt – das gibt es –, sondern, wo die Ursachen liegen.«

Die Spitze der Partei proklamiert eine neue Ära. Man werde mit Geschlossenheit, Pragmatismus und ordentlichem Regieren aus der durch die Pandemie verstärkten Wirtschaftskrise herauskommen, und die Sozialdemokratie werde eine Führungsrolle in der neuen Ära einer runderneuterten kapitalistischen Gesellschaft übernehmen.

Sozialdemokratische Transformation des Kapitalismus?

Scholz plädiert dafür, auch in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung »Fortschritt und Gerechtigkeit in pragmatischer Politik« zu verbinden. Dabei sei wirtschaftliches Wachstum »eine zentrale Voraussetzung, um eine fortschrittliche Agenda zu verfolgen«. Diese Ausrichtung sei durch die Coronapandemie massiv unterstrichen worden. Anders als für viele Mitstreiter*innen in der SPD und auf dem linken Spektrum geht es für Scholz künftig zentral um die Frage, wie das Wirtschaftswachstum unter den verschärften ökologischen Herausforderungen gesichert werden könne.

Er unterstreicht: »Es ist kein Zufall, dass die sozialdemokratischen Parteien in Europa und generell in allen klassischen Industriestaaten fast zur gleichen Zeit nicht mehr an frühere Wahlerfolge anknüpfen können. Die sozialdemokratischen Parteien in diesen wirtschaftlich erfolgreichen Ländern stehen vor der Herausforderung, dass die – im Vergleich zu den Jahrzehnten davor – geringere Wachstumsdynamik seit den 80er Jahren, die Globalisierung und die technologischen Veränderungen, namentlich die Digitalisierung, vielen Bürgerinnen und Bürgern (berechtigte) Sorgen bereiten. Überall weisen die Statistiken sinkende Löhne in den unteren Einkommensgruppen und nicht selten auch stagnierende Einkommen in der Mittelschicht aus ... In dieser veränderten Welt müssen die sozialdemokratischen Parteien plausible Antworten auf die Frage geben können, wie eine gute Zukunft möglich ist, die sich nicht auf die natürlichen Profiteure der Globalisierung und Digitalisierung beschränkt. Die sozialdemokratischen Konzepte müssen deshalb weiterentwickelt werden.«

Das zentrale Strukturproblem der Sozialdemokratie könne gelöst werden. Grundvoraussetzung: keine erneute Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist. Auch dies wird in der Nach-Pandemiezeit wichtig: Schon jetzt wollen Unternehmerverbände und Konservative den Lohnabhängigen die Kosten der Pandemie aufbürden. Scholz sieht, dass es

nicht erneut im Sinne eines Neoliberalismus light (Blair-Schröder) um eine umfassende Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme zugunsten der Lohnabhängigen gehen kann: »Die sozialpolitischen Beschlüsse der rot-grünen Koalition, insbesondere die 2003 angekündigte Agenda 2010 und die Rentenbeschlüsse zu Beginn der anschließenden großen Koalition, haben die SPD Kraft gekostet und sie hat darüber an Zustimmung verloren. Das bezweifelt wohl niemand. Man muss der SPD sozialpolitisch vertrauen. Und die Würde der Arbeit muss im Zentrum ihrer Politik stehen. Daran darf niemand (wieder) zweifeln.«

In der Tat will Scholz die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und sozialstaatlicher Regulierung neu gestalten. Seine Grundüberlegung: Ohne Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Höchstleistungen wird sich das Lebensniveau in der Berliner Republik nicht ausbauen lassen. Aber die verteilungspolitischen Negativeffekte der letzten Jahrzehnte müssen zügig überwunden werden. Wirtschaftlicher Erfolg wird auch in Zukunft nur durch Einbettung in die Globalökonomie möglich sein. »Ein starker und zuverlässiger Sozialstaat ist allerdings die unverzichtbare Bedingung dafür, dass sich niemand deswegen sorgen muss. Gerade wegen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es unabdingbar, die unteren Lohngruppen durch einen substantiellen Mindestlohn abzusichern, der hoch genug ist, um im Alter nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein. Die Sicherheit, die Tarifverträge und Gewerkschaften in der old economy geschaffen haben, ist auch in der digitalen Ökonomie nötig. Sichere Arbeitsverhältnisse sind auch künftig ein wichtiges politisches Ziel ... Und das Leben muss auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben, deshalb braucht Deutschland gebührenfreie Betreuung und Bildung und bezahlbare Wohnungen. Und ein gerechtes Steuersystem.«

Das heißt, die SPD müsse wieder für Reformen eintreten, die vernünftig sind und an deren Umsetzung man glauben kann. Vernünftig heißt: Wirtschaftliches Wachstum wird auch in Zukunft eine zentrale Voraussetzung sein,



Karikatur: Economist

um eine fortschrittliche Agenda zu verfolgen. Das gelingt nur, wenn das mit einer guten Einkommensentwicklung auch der unteren Lohngruppen einhergeht. Oder allgemeiner: Linke Parteien werden daran gemessen werden, ob sie sich mit einer tiefen sozialen Spaltung nicht abfinden. Die soziale Umgestaltung des modernen Kapitalismus sei daran gebunden, dass an die Stelle der Exportorientierung ein am Binnenmarkt orientiertes und lohnbasiertes Wachstumskonzept tritt. Scholz unterschätzt gleichwohl die Logik des Niedriglohnssektors im modernen Kapitalismus.

Dauerhaft ist die Subalternität der Lohnarbeit nur zu überwinden durch weitergehende politische Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse. Diese sind nur mit grundlegenden Korrekturen am System zu haben, die neben Mindestregelungen auch die Machtressourcen der Gewerkschaften stärken. In einem System, das Helmut Schmidt einmal »Raubtierkapitalismus« nannte, lassen sich soziale Ungerechtigkeit und Spaltung nur gegen massive Widerstände zurückdrängen.

Die SPD wird von dieser Logik herausgefordert. Scholz räumt ein, die Partei werde »seit längerem als zu taktisch wahrgenommen«. Diese Wahrnehmung dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die SPD will Fortschritt und Gerechtigkeit in pragmatischer Politik und einer unmittelbar daran anschließenden Erzählung verknüpfen. Aber solange die Partei vor den grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetzen des modernen Kapitalismus die Augen verschließt und sich

nur auf partielle Korrekturen der gegenwärtigen Verteilungsverhältnisse konzentriert, wird sie aus der Abwärtsspirale nicht herauskommen.

Ist aber das Projekt einer linken Alternative zum bürgerlichen Parteienlager nicht doch ein nicht ausschlagbares politisches Angebot? Werden die Grünen und die Linkspartei diese Chance eines Politikwechsels überhaupt ergreifen?

Im Entwurf des Grundsatzprogramms der Grünen vom Juni dieses Jahres⁴ finden sich Passagen, die mit den Positionierungen eines Olaf Scholz durchaus kompatibel sind: »Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die vollständige Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa.« In der Haushalts- und Steuerpolitik stehen die Grünen zu »langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen Regeln für die Begrenzung der Kreditaufnahme«. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die langfristige Sicherung des Wohlstands könne allerdings eine Kreditfinanzierung sinnvoll und pragmatisch geboten sein. Vermögen und leistungslose Einkommen wollen die Grünen wieder stärker besteuern.

Die Grünen, die sich derzeit nicht auf eine Koalition festlegen lassen wollen, werden nicht umhinkommen, sich mit den Vorstellungen der SPD auseinanderzusetzen und die Schnittmengen auszuloten. Allerdings wird die Hoffnung auf einen grün erneuerten Kapitalismus immer das Hintertürchen für eine schwarz-grüne Koalition bleiben.

Die Linkspartei wird demgegenüber weitaus größere Schwierigkeiten haben, ihre politischen Kasematten zu verlassen. Schon vor dem Angebot einer Linksregierung als Alternative zur schwarz-roten Rekonstruktion eines sozial regulierten Kapitalismus wurden innerparteilich die Fronten gegen eine Regierungsbeteiligung verstärkt. Selbst ein konkretes Zukunftsprogramm mit Aussichten auf eine sozial-ökologische Transformation der Schlüsselsektoren der Industrie und auf eine deutliche Bekämpfung der drückendsten Formen sozialer Spaltung dürfte Teile der Partei nicht aus ihrer Ablehnungshaltung gegenüber einer Kooperation mit den So-

zialdemokraten und Grünen heraussholen.

Schon vor Beginn des Wahlkampfes ist die Sehnsucht nach Opposition stark, auch wenn dies bedeuten könnte, dass die Linkspartei den vielen europäischen Bruderparteien folgt, die mehr oder minder aus den politischen Arenen verschwunden sind. Die Barrikaden gegen eine politische Öffnung sind stark, zumal die regierungskritischen Strömungen nach wie vor ihre Haltung konservieren, dass eine Zukunftsgestaltung keine große gesellschaftliche Anstrengung erfordere.

Die Corona-Pandemie und die damit einhergehende schwere Wirtschaftskrise sowie deren Folgen für den Bildungs- und Kultursektor werden die politische Agenda bis zur Bundestagswahl bestimmen. Insofern war die Kür von Olaf Scholz eine Entscheidung im Krisenmodus. In der Wahlauseinandersetzung wird es um ein tragfähiges Zukunftprojekt gehen, das die Rekonstruktion der Ökonomie mit einer ökologisch-sozialen und kulturellen Erneuerung verbindet, die auch die durch Pandemie und Wirtschaftskrise noch einmal verschärfte soziale Ungleichheit eindämmt.

Olaf Scholz' »pragmatische Politik« wird dieser Herausforderung sicher nicht gerecht. Dies gilt auch für die grüne Vision eines sozial-ökologisch erneuerten Kapitalismus. Der LINKEN böte sich in dieser Situation die Chance, mit einer Konzeption für eine sozial-ökologische Erneuerung und Transformation der Gesellschaft auch für die Zeit nach Corona ihr politisches Gewicht in die Waagschale eines linken Reformprojekts zu werfen, und dabei die soziale Balance ins Zentrum zu rücken und die Debatte nicht allein der SPD und den Grünen zu überlassen. Doch die LINKE ist in dieser Frage nicht geschlossen. Sie droht sich über die Frage einer Regierungsbeteiligung zu zerlegen. Ihrem politischen Einfluss ist das nicht dienlich.

² Olaf Scholz: Hoffungsland. Eine neue deutsche Wirklichkeit, Hamburg 2017.

³ www.vorwaerts.de/system/files/keine_ausfluchte_olaf_scholz.pdf.

⁴ Siehe dazu: Björn Radke: Eine bündnispolitische »Einladung« in einer verwundeten Welt, Sozialismus.deAktuell, 15. Juli 2020.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

